

möchte er wichtige Aufgaben wie die Stärkung des Marktanteils der Gemeinnützigen oder die Ankurbelung der Wohnbauförderung vorantreiben. Dort ziehen allerdings dunkle Wolken auf.



**Wohnen:** Am 18. Juni wählen die Delegierten Sie zum neuen Präsidenten des Schweizerischen Verbands für Wohnungswesen (SVW). Welchen Bezug haben Sie zu den Wohnbaugenossenschaften?

**Louis Schelbert:** Ich bin zwar nicht in einer Genossenschaftswohnung aufgewachsen, da mein Vater, ein Eisenbahner, möglichst nah beim Bahnhof leben wollte. Schon als Kind war unsere Familie jedoch Mitglied der Allgemeinen Baugenossenschaft Luzern (ABL). Dies aus Gründen der Solidarität, aber auch als Vorsorge. Als meine Eltern wegen des Bahnhofneubaus umziehen mussten, erhielten sie denn auch rasch eine ABL-Wohnung. Auch wir sorgten als Eltern übrigens dafür, dass unsere Kinder früh Mitglied der Genossenschaft wurden. Die Anliegen und die Arbeitsweise einer grossen Baugenossenschaft sind mir also vertraut.

**Was hat Sie bewogen, das Amt des SVW-Präsidenten zu übernehmen?**

Mich beeindruckt, dass sich die Baugenossenschaften am Gemeinwohl orientieren.

Das Gemeinwohl war auch bei meiner politischen Arbeit stets die Richtschnur. Was mich ebenfalls fasziniert, ist der Genossenschaftsgedanke mit seinen Grundsätzen der Selbsthilfe und des nicht gewinnorientierten Wirkens. Auch das entspricht meiner Grundhaltung. Deshalb habe ich diese Aufgabe gern übernommen.

**Welche Bedeutung haben die Baugenossenschaften heute?**

Wohnen ist ein Grundrecht. Baugenossenschaften helfen an vorderster Stelle, dieses Grundrecht umzusetzen, besonders für Menschen, die weniger begütert sind. Wichtig scheint mir auch, dass die Baugenossenschaften in der ganzen Schweiz verbreitet sind. Denn dadurch entfalten sie in allen Regionen einen positiven Einfluss. Der Wohnungsbestand der Genossenschaften wirkt sich dämpfend auf die generelle Mietzinsentwicklung aus und entlastet die Sozialhilfebudgets der Gemeinden. Von ihrem Wirken profitieren aber auch die Wirtschaft, zuvorderst die Bauwirtschaft, und die Umwelt, weil gemeinnütziger Wohnungsbau die Landschaft nicht zersiedelt und sich in aller Regel der Nachhaltigkeit verpflichtet.

**Mit Ihnen steht erstmals ein Mitglied der Grünen Partei an der Verbandsspitze. Welche Akzente möchten Sie setzen?**

Ich denke, dass die parteipolitische Färbung keine grossen Auswirkungen auf die Ausübung dieses Amtes haben wird. Schon mein Vorgänger Ruedi Aeschbacher hielt stets ein Auge darauf, dass der SVW im Sinne der Nachhaltigkeit arbeitet. Das möchte ich weiterführen und auch Akzente setzen. So wird es in den nächsten Jahren neue Förderprogramme des Bundes im Bereich Energieoptimierung geben. Ich werde versuchen,

dazu beizutragen, dass die Baugenossenschaften dort mitmachen.

**Sie sind seit März 2006 Nationalrat. Wofür engagieren Sie sich in Bern?**

Die Ratsarbeit ist in der Regel stark auf die Kommissionstätigkeit ausgerichtet. Es ist ja nicht so einfach, ans Mikrofon zu kommen. Meist gelingt dies über die Arbeit, die man in den Kommissionen leistet. In den ersten zwei Jahren war ich Mitglied der staatspolitischen Kommission, letzten Dezember wurde ich in die Finanzkommission und in die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N) gewählt. Das sind zwei Kommissionen, die auch für das Wohnungswesen von Bedeutung sind. Die Schweiz muss – auch als Verfassungsauftrag – die Tätigkeit von Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbaus fördern. Hier muss die Politik mitziehen. Mein Einsitz in diesen Gremien ist eine gute Voraussetzung, um die Anliegen des gemeinnützigen Wohnens in die eidgenössische Politik hineinzutragen.

**Bleiben wir gleich bei der Wohnbaupolitik. Das Parlament hat 2003 zwar ein neues Wohnraumförderungsgesetz in Kraft gesetzt, die dort vorgesehenen Mittel zur Verbilligung von Wohnungen für finanzschwache Haushalte jedoch aus Spargründen gleich wieder sistiert. Einzig für den Fonds de Roulement, der vom SVW verwaltet wird, stehen derzeit noch Gelder zur Verfügung. Wie geht es mit der Wohnbauförderung des Bundes weiter?**

So wie es derzeit aussieht, werden wir wieder einen Abwehrkampf führen müssen. Im Rahmen der Sparanstrengungen sollen nämlich die Aufgaben der Bundesverwaltung überprüft werden. Und einer der Bereiche, die ins Blickfeld des Bundesrats gerückt sind, ist das Wohnungswesen. Wir

werden uns stark anstrengen müssen, dass der Verfassungsauftrag der Wohnbauförderung weiterhin wahrgenommen wird.

**Sind Forderungen nach Mitteln für die Subjekt-hilfe derzeit überhaupt realistisch?**

Ich bin der Meinung, dass wir die Frage der direkten Hilfe nicht zum Voraus aufgeben sollten. Neben der indirekten Hilfe in Form der zinsgünstigen Darlehen über den Fonds de Roulement ist auch die Verbilligung von Mieten für Menschen mit tiefem Einkommen wichtig.

**Bei der Wohnbauförderung stehen sich zwei Blöcke gegenüber: Linke und Grüne dafür, FDP und SVP dagegen. Lassen sich überhaupt Mehrheiten finden?**

Ich bin da nicht so pessimistisch, denn es gibt auch liberale Baugenossenschaften. Die haben zum Beispiel hier im Kanton Luzern eine grosse Tradition, aber auch in anderen Regionen setzen sich liberale Vertreterinnen und Vertreter für sie ein. Daher sollten sich Bündnisse bis ins Lager der Freisinnigen und sicher auch mit der CVP schmieden lassen. Von selbst geht das allerdings nicht, wir müssen uns dafür einsetzen.

**Betrachtet man Ihre politische Tätigkeit, fällt auf, dass Sie sich stark für soziale Anliegen einsetzen: für Arbeitnehmer, Familien, Rentner. Das ist auch das traditionelle Publikum der Baugenossenschaften. Heute öffnen sich jedoch viele Gemeinnützige einem breiteren Mieterkreis. Wie stehen Sie dazu?**

Natürlich soll die ursprüngliche Idee der Genossenschaft als Selbsthilfeorganisation, die ihren Mitgliedern preisgünstigen und qualitativ guten Wohnraum verschafft, auch weiterhin im Mittelpunkt stehen. Ich finde es jedoch wichtig, dass sich Baugenossenschaften nicht nur auf billigsten Wohnraum konzentrieren. Wenn sie Angebote haben, die für andere gesellschaftliche Schichten interessant sind, ist das gut für die Durchmischung. Auch entwickeln sich viele Bewohner beruflich und damit einkommensmässig weiter. Sie sollen deshalb nicht aus der Genossenschaft gedrängt werden. Ein positives Beispiel dafür ist die Neubausiedlung Tribschenstadt der ABL, wo moderne Familienwohnungen die Palette erweitert und zur Belebung der Genossenschaft beigetragen haben.

**Soziale Fragen beschäftigen Sie auch im Berufsalltag als Geschäftsleiter des Luzerner Gewerkschaftsbunds. Wie sieht der aus?**

Meine Aufgabe ist es, bei Fragen, die die Arbeitnehmerschaft betreffen, über die einzelnen Gewerkschaften hinaus die gemeinsamen Interessen zu bündeln und politisch umzusetzen. Das können Abstim-

mungskampagnen sein, die Umsetzung der flankierenden Massnahmen bei der Personalfreizügigkeit oder die Einsitznahme in Kommissionen, die sich mit sozialen Fragen befassen.

**Gibt es Parallelen Gewerkschaft-Genossenschaft?**

Auf jeden Fall. Der Grundgedanke der Gewerkschaft ist ähnlich wie bei der Genossenschaft. Auch Gewerkschaften sind im Grunde Selbsthilfeorganisationen von Menschen, die gemerkt haben, dass der Staat zu wenig tut und sie das Heft selbst in die Hand nehmen müssen. Was nicht bedeutet, dass der Staat diese Bemühungen nicht unterstützen soll.

**Eine der wichtigsten Fragen, mit denen Sie sich als Verbandspräsident beschäftigen müssen, ist der sinkende Marktanteil der Baugenossenschaften in der Schweiz.**

Wir müssen darauf hinwirken, dass der Marktanteil mindestens gehalten, lieber noch gesteigert werden kann. Das bedeutet sicher eine enorme Kraftanstrengung aller Beteiligten. Es heisst aber auch, dass man die Anliegen des gemeinnützigen Wohnungsbaus stärker in die Öffentlichkeit transportieren muss. Diese Aufgabe werde ich wahrzunehmen versuchen.

**Wie könnte man eine Trendwende erreichen?**

Das Problem besteht vor allem darin, dass die Baugenossenschaften in erster Linie in den städtischen Zentren stark sind. Dort sind die Landreserven jedoch am geringsten, und Baugrund, der auf den Markt kommt, ist für den gemeinnützigen Wohnungsbau zu teuer. Deshalb wird man sich vermehrt nach aussen, in die Agglomeration, orientieren müssen. Der SVW hat das Problem erkannt: Eine Studie wird Aufschluss geben über die Landreserven in den Gemeinden. In Zusammenarbeit mit den Behörden werden wir darauf hinwirken, dass die Genossenschaften dort vermehrt zum Zug kommen.

**Zu Ihren Aufgaben als Verbandspräsident wird das Lobbying für die Sache des gemeinnützigen Wohnungsbaus gehören. Als Laie kann man sich nur schlecht vorstellen, was darunter zu verstehen ist.**

Das Bild vom Stein, den man ins Wasser wirft, umschreibt dies nicht schlecht. Dann entsteht nämlich zuerst ein innerer Kreis. Das sind alle, die sich bereits mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau identifizieren und daran mitarbeiten, seien es Mitglieder des SVW oder der anderen Genossenschaftsverbände, mit denen wir im Rahmen des Wohnbunds eng zusammenarbeiten. Von dort aus gehen wir den nächsten Kreis an. Das sind die Leute, die sich in den verschiedenen

Fraktionen für unsere Ideen gewinnen lassen. Von dort könnte ein nächster Kreis die Verwaltung umfassen – und so weiter.

**Sie werden beim SVW auch Führungsaufgaben übernehmen müssen. Wie würden Sie Ihren Führungsstil beschreiben?**

Ich verstehe mich als kooperativen Menschen, der gern Ziele formuliert und sie gemeinsam mit anderen erreicht. An drei Vorstandssitzungen durfte ich bereits dabei sein, um mich in die Aufgabe hineinzudenken. Die Vorstandsmitglieder sind im Genossenschaftswesen zuhause, werden von den Sektionen gestützt und wissen, was sie wollen. Ich glaube nicht, dass man dort einen Chef braucht. Meine Funktion sehe ich eher als jemanden, der moderiert und die verschiedenen Interessen, die bei jeder Frage auf dem Tisch liegen, richtig bündelt.

**Der SVW umfasst fast tausend Mitglieder. Sie reichen von der Gruppe Gleichgesinnter, die gemeinsam ein Haus umbauen, bis hin zum grossen Immobilienunternehmen mit mehreren tausend Wohnungen. Was werden Sie tun, um die bunte Genossenschaftsfamilie näher kennen zu lernen?**

Da und dort werde ich sicher eingeladen, so dass sich die Gelegenheit ergibt, mir diese Vielfalt vor Augen zu führen. Andererseits besitzen die Genossenschaften ein starkes Eigenleben, sind in ihrer Sektion verankert – da braucht es keinen schweizerischen Präsidenten, der eine bestimmte Linie vorgeben muss, oder einen Zentralverband, der alles und jedes dirigiert. Aber ich möchte die SVW-Mitglieder kennen lernen und herausfinden, wie sie funktionieren. Darauf freue ich mich.

**Interview: Richard Liechti**

**Zur Person**

Louis Schelbert (56) ist in Luzern aufgewachsen. An der Universität Bern studierte er Deutsch, Philosophie und Geschichte. Zu seinen beruflichen Stationen gehört die Tätigkeit als freier Journalist für verschiedene Medien. Seit 1997 ist Louis Schelbert Geschäftsleiter des Luzerner Gewerkschaftsbunds. Der neue SVW-Präsident blickt auf eine lange politische Laufbahn zurück, ursprünglich als Mitglied der Poch, heute der Grünen Partei der Schweiz. Schon 1979 wurde er zum Mitglied des Grossen Stadtrats von Luzern gewählt, 1991 in den Grossen Rat des Kantons Luzern. 2006 wechselte er in den Nationalrat. Louis Schelbert ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder. Er lebt und arbeitet in Luzern.